

An:

- Bundeskanzlerin
- Bundesministerin Klöckner,
- Bundesministerin Lambrecht,
- Bundesminister Altmaier

Nachrichtlich:

- Joachim Rukwied (DBV)
- Josef Sanktjohanser (HDE)
- Philipp Hengstenberg (Lebensmittelverband)
- Thomas Schröder (Deutscher Tierschutzbund)
- Prof. Dr. Kai Niebert (DNR)
- Reiner Hoffmann (DGB)
- Gerda Hasselfeldt (BAGFW)

VorstandRudi-Dutschke-Straße 17
10969 Berlin

Tel. (030) 258 00-510

Fax (030) 258 00-518

Vorstand@vzbv.de

www.vzbv.de

3. Februar 2020

Offener Brief zum Lebensmittelgipfel

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
Sehr geehrte Frau Bundesministerin Klöckner,
Sehr geehrte Frau Bundesministerin Lambrecht,
Sehr geehrter Herr Bundesminister Altmaier,

mit Ihrem zweiten Lebensmittelgipfel beraten Sie nach den Landwirten heute auch mit dem Handel über die Wertschätzung von Lebensmitteln. Als Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbandes begrüße ich das, weil die Frage von guten, fairen und bezahlbaren Lebensmitteln auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher von zentraler Bedeutung ist. Gleichzeitig bedauere ich es, dass die Stimmen der Verbraucher und zivilgesellschaftliche Verbände aus dem Verbraucherschutz, Tier- und Umweltschutz und von Gewerkschaften sowie Sozialverbänden nicht mit am Tisch sitzen. Ich möchte Sie und die Bundesregierung bitten, diese vor einer Entscheidung ebenfalls einzuladen und anzuhören.

Wir teilen das Anliegen, dass sich Haltungsbedingungen von Nutztieren und die landwirtschaftliche Praxis in Deutschland deutlich verbessern müssen - die Mehrheit der Verbraucher wünscht sich das - sowie, dass Landwirte Respekt und ein faires und auskömmliches Einkommen verdienen.

Wenn über faire und damit höhere Erzeugerpreise diskutiert wird, dürfen dabei aber weder diejenigen Verbraucher vergessen werden, für die preiswerte Lebensmittel entscheidend sind, noch die Milliarden schweren Landwirtschaftssubventionen, für die sie als Steuerzahler bereits aufkommen.

Vorsitzender des Verwaltungsrats
Lukas Siebenkotten
Vorstand
Klaus MüllerBank für Sozialwirtschaft
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE 48 1002 0500 0003 3003 00USt-IdNr.: DE 224 135 391
Steuer-Nr.: 27/029/33162
Amtsgericht Charlottenburg (Berlin)
VR 20423 B

Höhere Tierhaltungsstandards kosten selbstverständlich mehr Geld. Viele Verbraucher wären auch bereit, für mehr Qualität höhere Preise zu zahlen. Diese können sie aufgrund der verwirrenden Label- und Werbeflut im Handel aber bisher nicht einfach und verlässlich erkennen. Deshalb hat der Verbraucherzentrale Bundesverband die Einführung eines europaweit verbindlichen - und in einem ersten Schritt national freiwilligen - staatlichen Tierwohllabels unterstützt.

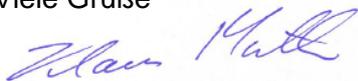
Damit sich Verbraucher auch sicher sein können, dass ihr Geld tatsächlich gut investiert ist, muss die Wirksamkeit u.a. durch ein betriebsgenaues Tiergesundheitsmonitoring und klar messbare Tierwohl- und Tiergesundheitsindikatoren nachgewiesen werden. Sonst kann der Eindruck entstehen, dass es lediglich mehr finanzielle Unterstützung für die Landwirtschaft ohne besseren Tierschutz gibt. Es muss sichergestellt werden, dass von Verbrauchern gezahlte Aufpreise für bessere Haltung ebenso wie jegliche staatliche Subventionen für Tierhalter auch tatsächlich und erkennbar zu mehr Tierwohl führen.

Die Debatte über eine höhere Mehrwertsteuer auf Fleisch oder eine Tierschutzabgabe verfolgen wir mit Sorge. Nachvollziehbare Maßnahmen für eine Preisdifferenzierung durch eine erkennbare Qualitätssteigerung, die Umschichtung bestehender Agrarfördermittel, höhere und umfassendere gesetzliche Standards für die Nutztierhaltung, kartellrechtliche Maßnahmen, eine Eindämmung der verwirrenden Werbeflut und verbindliche Kennzeichnungssysteme für Lebensmittel sollten zuerst umgesetzt werden.

Eine kurzfristige Vereinbarung des Handels und der Lebensmittelwirtschaft, auf von Verbrauchern als irreführend empfundene Werbebegriffe aber auch auf versteckte Preiserhöhungen - wie sie die Verbraucherzentralen und die Stiftung Warentest immer wieder dokumentieren - zu verzichten, stünde diesen gut an.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, vielen Dank, dass Sie sich des wichtigen Themas der Lebensmittel annehmen. Bitte betrachten Sie es von allen Seiten - aus Sicht der Landwirte, des Handels und der Verbraucher. Letztere sollen diese weiterhin mit Freude und Genuss kaufen, bezahlen und essen können.

Viele Grüße



Klaus Müller